

MIERENDORFFKIEZ

## **Bauamt kippt Pläne für Charlottenburger Moschee**

**Die Pläne des muslimischen Vereins Inssan für den Neubau einer Moschee in Charlottenburg sind vorerst gescheitert. Das zuständige Bauamt lehnt das Projekt wegen baurechtlicher Bedenken ab. Inssan lässt jetzt die Einwände prüfen. SPD, Grüne und FDP sind grundsätzlich für den Neubau.**

*Von Brigitte Schmiemann und Katrin Lange*

Die Pläne des muslimischen Vereins Inssan, ein Begegnungszentrum mit Moschee an der Charlottenburger Keplerstraße zu errichten, sind vorerst gescheitert. Wie diese Zeitung erfuhr, hat das Bauamt Charlottenburg-Wilmersdorf das Bauvorhaben als nicht genehmigungsfähig eingestuft. Das hat die Prüfung der Bauvoranfrage ergeben. Baustadtrat Klaus-Dieter Gröhler (CDU) war für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Grund für die Ablehnung soll nach Auskunft von Bauexperten der geltende Bebauungsplan sein, der in dem derzeit ausgewiesenen Gewerbe- und Industriegebiet einen Moscheebau nicht zulasse. Das Ergebnis ist dem muslimischen Verein gestern mitgeteilt worden.

"Wir haben die Bedenken zur Kenntnis genommen", sagt Inssan-Vorsitzender Imran Sagir. Rechtsanwalt Björn Jotzo, der den Verein vertritt, will jetzt die Einwände prüfen. Trotz der juristischen Probleme stehen die Fraktionen von SPD, Grünen und FDP in der Bezirksverordneten-Versammlung hinter dem Moscheebau. In der SPD-Fraktion war die Ablehnung gestern bereits bekannt. Fraktionschef Frédéric Verrycken bestätigte, dass es rechtliche Probleme beim Bauprojekt gibt. In einem Gewerbe- und Industriegebiet dürften weder eine Moschee noch Wohnungen oder Kindergärten entstehen. Um das Problem zu lösen, müsse mit einem neuen Bebauungsplanverfahren Baurecht für ein "Sondergebiet" geschaffen werden. Das hält Verrycken für den richtigen Weg, weil dann nicht nur die Bezirksverordneten, sondern auch die Anwohner in das Verfahren einbezogen würden. "Unsere Tür steht weiterhin offen. Es müssen nur die juristischen Probleme geklärt werden", sagt er.

Nach Auskunft ihres Fraktionsvorsitzenden Jürgen Dittberner ist auch die FDP der Meinung, dass die Moschee gebaut werden sollte. In Berlin lebten schließlich viele Muslime, und die Religionsfreiheit gelte für alle. "Wir haben aber den Verdacht, dass die jetzigen rechtlichen Gründe krampfhaft gesucht wurden, um den Bau zu verhindern oder aufzuschieben", sagte Dittberner. Inssan scheine der FDP bei allem, was man dem Verein nachsage, offen für Integration, Religion und Kultur zu sein und den Dialog zu suchen. Diese Einschätzung teilt auch Innensenator Ehrhart Körting (SPD). "Hier in Berlin und in Deutschland zeigt Inssan absolute Gesprächsbereitschaft", sagte Körting gestern. Es sei immer besser, dieses Gespräch zu suchen.

### **Bereits zweiter Anlauf**

Während sich auch die Grünen für den Moscheebau und ein neues Planungsverfahren starkmachen, berät die CDU noch, ob sie das Projekt mit einem Bebauungsplan unterstützen wollen. "Wir werden uns dazu auf der Kreisvorstandssitzung Ende April positionieren", so Fraktionschef Bodo Schmitt.

Der muslimische Verein hat mit der Bauvoranfrage in Charlottenburg bereits den zweiten Anlauf für die Errichtung einer Moschee unternommen. Ursprünglich hatte Inssan in Neukölln einen Neubau geplant, der mit 8000 Quadratmetern doppelt so groß sein sollte. Auch dort sprachen baurechtliche Gründe gegen die Ansiedlung einer Moschee, worüber Stadträtin Stephanie Vogelsang (CDU), die für die Einbürgerung zuständig ist, "persönlich sehr froh gewesen ist". Sie hatte Zweifel daran, dass die Moschee förderlich für die Integrationsarbeit sei.

Nachdem bekannt geworden war, dass sich Inssan in Charlottenburg ansiedeln will, hatte die Initiative "Pro Deutschland" Flugblätter gegen den Moscheebau verteilt. Als deren Erfolg will SPD-Fraktionschef Verrycken die aktuelle Absage an Inssan aber nicht werten: "Die Rechten versuchen, das Projekt im Mierendorffkiez mit allen Mitteln zu verhindern. Es geht hier aber nur um eine baurechtliche Frage."

Stand: Freitag, 11. April 2008, 21:24 Uhr